

Landgrabbing (Landraub)

1. Was ist Landgrabbing?

Als "Landgrabbing" oder Landraub werden Geschäfte bezeichnet, bei denen vor allem in Entwicklungs- oder Schwellenländern großflächig Land verkauft oder verpachtet wird, um darauf Agrarerzeugnisse zu produzieren, die für den Export bestimmt sind. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn bestehende Landrechte nicht berücksichtigt werden – auch traditionelle und solche, die nicht verbrieft sind, wenn Verträge aufgrund von später nicht eingehaltenen Versprechungen und unter Druck zustande kommen, ein eklatantes Missverhältnis bezüglich Kapital und Wissen zwischen den Vertragspartnern besteht, korrupte Eliten sich bereichern den Betroffenen keine Möglichkeit gegeben wird, einen Rechtsweg zu beschreiten usw.

2. Klare Ablehnung von Landgrabbing

Die deutsche Biokraftstoffindustrie lehnt den „Erwerb“ von Land im Wege des Landgrabbing ab. Unrechtmäßige Landnahme ist nicht zu akzeptieren und muss verhindert werden. Sämtlich dazu geeigneten Maßnahmen müssen ergriffen werden (s.u.). Derzeit importieren europäische Biokraftstoffproduzenten jedoch praktisch keine Rohstoffe aus Afrika – die Endprodukte Biodiesel oder Bioethanol kommen ebenso wenig dorthier.

3. Ausmaß von Landgrabbing für Biokraftstoffe

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Oxfam oder ActionAid beziffern in ihren Kampagnen gegen Biokraftstoffe das Ausmaß von Landgrabbing für Biodiesel und Bioethanol weltweit auf rund 50 Mio. ha. Dagegen hat das Forschungsinstitut Ecofys in einer [Studie](#) aufgezeigt, dass insgesamt etwa 1,8 Mio. ha für Biokraftstoffe durch Landgrabbing erlangt wurden, also etwa 28 Mal weniger als von NGOs angegeben. Aufgrund der europäischen Biokraftstoffpolitik sei es zu Landgrabbing auf einer Fläche von höchstens 0,76 Mio. ha gekommen. Auch Wissenschaftler des englischen „Overseas Development Institute“ haben das Ausmaß von Landgrabbing in Ländern wie Mozambique, Tansania oder Indonesien untersucht und kommen zu dem [Ergebnis](#), dass es wegen des geringen Ausmaßes nicht möglich ist, die Aussage zu treffen, dass durch Landgrabbing für Biokraftstoffe in Entwicklungsländern die Ernährungssicherheit gefährdet ist.

4. Wie kann Landgrabbing verhindert werden?

Die Welternährungsorganisation hat [freiwillige Richtlinien](#) erarbeitet, die als international anerkannte Standards einen rechtlichen Rahmen für Landgeschäfte bieten. Biokraftstoffe müssen strenge Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. In einigen der Zertifizierungssysteme sind die Beachtung von Besitz- und Eigentumsrechten sowie der Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation geregelt (ISCC, RSB). Die Europäische Kommission ist nach der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie 2009/28/EG verpflichtet, ab dem Jahr 2012 alle zwei Jahre einen Bericht über die Auswirkungen der europäischen Biokraftstoffpolitik vorzulegen. Darin prüft sie, inwieweit Landnutzungsrechte eingehalten werden und ob bestimmte internationale Übereinkommen eingehalten werden. Sollte die Kommission zu dem Ergebnis kommen, dass es Verstöße gibt, so fordert die Biokraftstoffindustrie die Kommission auf, die Nachhaltigkeitskriterien zu verschärfen, damit Landgrabbing wirksam verhindert werden kann.

5. Chancen durch Biokraftstoffe in Entwicklungsländern

Investitionen in eine nachhaltige Landwirtschaft und Biokraftstoffe stellen auch für Entwicklungs- und Schwellenländer eine große Chance dar, um [Einkommen](#) und Infrastruktur zu schaffen, Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft zu erreichen, die Abhängigkeit von Energieimporten zu lindern und dezentrale Energiequellen zu schaffen.